

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur 01. Sitzung des Ausschusses für Patientenangelegenheiten am Mittwoch, den 24.05.2017, um 16:00 Uhr ein.
Die Sitzung findet in der Hansestadt Stralsund Konferenzsaal statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Patientenangelegenheiten vom 23.11.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Pflegereform: Ein Gespräch mit einem Vertreter, der Wohlfahrtseinrichtungen Stralsund
- 5 Verschiedenes

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen-keine
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Ich bitte um Ihre Teilnahme.

Im Verhinderungsfall bitte ich um die Teilnahme der gewählten Vertreter bzw. um eine Information an die Geschäftsführung des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

gez. i. A. Gaby Ely
Detlef Lindner
Vorsitz

Niederschrift
der 02. Sitzung des Ausschusses für Patientenangelegenheiten

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 23.11.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Mitglieder

Herr Harald Ihlo
Frau Susanne Lewing
Herr Detlef Lindner
Herr Gerd Schlimper
Frau Brigitta Tornow
Frau Petra Voß
Herr Alexander Wilhelm

Protokollführer

Frau Gaby Ely

Gäste

Frau Christine Hirsch
Herr Dr. Dan Oliver Höftmann

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Wahlen
 - 2.1 Wahl der Vorsitzenden / des Vorsitzenden
 - 2.2 Wahl der ersten Stellvertreterin / des ersten Stellvertreters
 - 2.3 Wahl der zweiten Stellvertreterin / des zweiten Stellvertreters
 - 2.4 Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerinnen / Einwohner
- 3 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Patientenangelegenheiten vom 06.07.2016
- 4 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 5 Beratung zu aktuellen Themen
 - 5.1 Gespräch mit der kassenärztlichen Vereinigung über die notärztliche Versorgung am Wochenende durch Fachärzte am Klinikum in Stralsund
- 6 Verschiedenes

10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Patientenangelegenheiten sind 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird, nach der Wahl, durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Wahlen

zu 2.1 Wahl der Vorsitzenden / des Vorsitzenden

Herr Ihlo erkundigt sich nach Vorschlägen für die Position des Ausschussvorsitzenden.

Frau Lewing schlägt Herrn Lindner vor.

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Herr Ihlo lässt über den Vorschlag abstimmen.

Auf Nachfrage von Herrn Ihlo bestätigt Herr Lindner, dass er die Wahl annimmt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Somit ist Herr Lindner Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Patientenangelegenheiten.

Herr Ihlo übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Lindner. |

zu 2.2 Wahl der ersten Stellvertreterin / des ersten Stellvertreters

Herr Lindner bittet um Vorschläge.

Herr Wilhelm schlägt Frau Lewing vor.

Herr Lindner lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Frau Lewing ist erste stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Patientenangelegenheiten.

zu 2.3 Wahl der zweiten Stellvertreterin / des zweiten Stellvertreters

Herr Lindner erkundigt sich nach Vorschlägen für die Position des 2. Stellvertreters.

Frau Lewing schlägt Herrn Wilhelm vor.

Herr Lindner lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Herr Wilhelm nimmt die Wahl an.

zu 2.4 Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerinnen / Einwohner

Da keine sachkundigen Einwohner verpflichtet werden müssen, entfällt der Tagesordnungspunkt.

zu 3 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Patientenangelegenheiten vom 06.07.2016

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Patientenangelegenheiten vom 06.07.2016 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

zu 5 Beratung zu aktuellen Themen

zu 5.1 Gespräch mit der kassenärztlichen Vereinigung über die notärztliche Versorgung am Wochenende durch Fachärzte am Klinikum in Stralsund

Herr Dr. Höftmann von der kassenärztlichen Vereinigung beginnt das Thema notärztliche Versorgung am Wochenende durch Fachärzte am Klinikum Stralsund mit einem Überblick über die bereits geleisteten Fortschritte. Dabei betont er, dass im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern eine flächendeckende, wohnortnahe, ambulante medizinische Versorgung gewährleistet ist. Er führt aus, dass die ambulante Versorgung für die Hansestadt Stralsund und den Landkreis Vorpommern-Rügen exzellent ist, im Vergleich zu anderen Landesteilen. Trotz vergangener Schwierigkeiten ist auch die augenärztliche Versorgung positiv zu erwähnen. Jeder Kassenarzt ist mit dem Erlangen der Zulassung verpflichtet, den Bereitschaftsdienst mit abzudecken. Dies gilt sowohl für niedergelassene als auch für angestellte Ärzte. Die Art des Bereitschaftsdienstes wurde vor einiger Zeit novelliert. Es entstehen immer häufiger Bereitschaftsdienstpraxen, welche direkt ans Krankenhaus angegliedert sind, um außerhalb der Sprechzeiten Anlaufstellen zu schaffen.

Die augenärztliche Versorgung im Notdienst ist 2006, wie viele andere fachärztliche Bereitschaftsdienste, zugunsten der Sicherstellung eines flächendeckenden allgemeinen Bereitschaftsdienstes abgeschafft worden.

Aus Sicht der kassenärztlichen Vereinigung wird sich an der Situation in nächster Zeit nichts ändern und an einen augenärztlichen Bereitschaftsdienst in Stralsund ist nicht zu denken.

Herr Dr. Höftmann betont, dass die kassenärztliche Vereinigung ausschließlich für die ambulante Versorgung der Menschen zuständig ist.

Herr Dr. Höftmann erklärt weiter, dass die kassenärztliche Vereinigung die Interessenvertretung des freiberuflich tätigen Arztes ist. Dennoch findet ein Wandel dahingehend statt, dass sich auch dem Thema angestellte Ärzte gewidmet wird.

Herr Dr. Höftmann macht die Unterschiede zwischen dem ambulanten und stationären Bereich deutlich.

Weiter weist Herr Dr. Höftmann auf die Erreichbarkeit des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes unter der Telefonnummer 116117 hin. Er erläutert, wie das System aufgebaut ist und funktioniert. Am Telefon findet eine Einschätzung darüber statt, ob es sich um einen Fall für den Rettungsdienst, den Bereitschaftsdienst oder die normale Sprechstunde in der Woche handelt.

Herr Lindner beantragt Rederecht für Frau Hirsch.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Frau Hirsch schildert ihre damalige Situation. Ihr wurde telefonisch vom Krankenhaus mitgeteilt, dass es am Wochenende keinen augenärztlichen Notdienst an der Klinik gibt. Die nächste Möglichkeit bestehe in Greifswald. Ihr wurde dann eine Behandlung als Privatpatientin bei einem Augenarzt vermittelt.

Herr Dr. Höftmann weist noch einmal darauf hin, dass es sich bei dem kassenärztlichen Bereitschaftsdienst, um einen allgemeinen und keinen fachärztlichen Bereitschaftsdienst handelt. Hier gibt es nur Ausnahmen in Rostock und Schwerin, wo zusätzlich kinderärztliche Sprechstunden angeboten werden.

Außerdem macht er deutlich, dass die Augenarztdichte im zuständigen Bereich bei ca. 128% liegt. Bundesvorgaben machen es unmöglich, mehr Ärzte zuzulassen.

Frau Hirsch teilt mit, dass ihr die Nummer des Bereitschaftsdienstes unbekannt war. Auch einige Ausschussmitglieder kennen die Telefonnummer nicht.

Herr Dr. Höftmann erklärt, dass es die Telefonnummer 116117 seit ca. zwei Jahren gibt und der Bekanntheitsgrad noch verbessert werden muss. Auf Grund der Tatsache, dass der Weg vieler Patienten direkt zur Klinik führt wurden bisher 8 Bereitschaftspraxen an verschiedenen Krankenhäusern installiert.

Herr Lindner schlägt vor, die Nummer des Bereitschaftsdienstes durch einen Presseartikel noch bekannter zu machen.

Weiter weist Herr Dr. Höftmann auf die Terminservicestelle hin, welche durch eine entsprechende Kodierung auf der Überweisung die Dringlichkeit eines Termins bei einem Facharzt einschätzt und einen Termin im entsprechenden Zeitraum vermittelt.

Auf den Einwand von Herrn Wilhelm entgegnet Herr Dr. Höftmann, dass wenn Frau Hirsch den Bereitschaftsdienst in Anspruch genommen hätten, die Kosten auch von der gesetzlichen KV übernommen worden wären. Es steht jedem Arzt frei, private Sprechstunden anzubieten, die Kosten müssen dann aber häufig auch von den Patienten alleine getragen werden.

Für weitere Fragen und Probleme steht Herr Dr. Höftmann gerne weiterhin zur Verfügung.

Herr Lindner bedankt sich für die Informationen und verabschiedet Herrn Dr. Höftmann.

zu 6 Verschiedenes

Herr Lindner regt die Erstellung eines Arbeitsplanes für das kommende Jahr an.

Herr Ihlo schlägt vor, einen fachkundigen Vertreter einzuladen, der den Ausschuss über die umfassenden Veränderungen in der Pflege informiert.

Herr Lindner äußert sein Interesse und überlegt, ob die Informationsveranstaltung in den Löwenschen Saal verlegt werden sollte, um einem breiterem Publikum die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben

Frau Voß unterstützt den Vorschlag und weist darauf hin, dass Vertreter des Pflegestützpunktes und der Krankenkassen über die Veränderungen berichten könnten.

Frau Lewing unterbreitet den Vorschlag, dass der Ausschuss in Zukunft eine beratende Rolle einnimmt und bestimmte Themen für die Öffentlichkeit zugänglich macht, um eine Unterstützung für verschiedene Verbände und Vereine zu sein.

Herr Lindner befürwortet den Vorschlag und empfiehlt die Öffentlichkeit mehr in die Ausschusssitzungen miteinzubeziehen, indem man als Vermittler zwischen Patient und Ärzteschaft fungiert. Von daher wäre es eine Überlegung wert, die Anfangszeit nach vorne zu verlegen.

Herr Wilhelm schlägt vor, die Anfangszeit auf 16 Uhr vorzuverlegen, was Zustimmung bei den Mitgliedern findet. Außerdem regt er eine engere Zusammenarbeit mit dem VdK bzw. mit Frau Karls vom Landesamt für Gesundheit und Soziales an, um Informationsveranstaltungen für Betroffene durchzuführen zu können

Künftige Ausschusssitzungen sollen mittwochs um 16:00 Uhr stattfinden.

Frau Voß spricht sich für eine Pressemitteilung des Ausschusses aus, in der noch einmal auf die Wahl hingewiesen werden soll. Die Nummer des Bereitschaftsdienstes sollte in dem Artikel ebenfalls noch einmal genannt werden, um sie in der Bevölkerung bekannter zu machen.

**zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Lindner stellt die Öffentlichkeit wieder her und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

gez. Detlef Lindner
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung